



Februar 2010

Strategische Themen der internationalen Politik und Globalisierung

- **Zehn Vorschläge zur Stärkung der transatlantischen Beziehungen** Seite 1
- **Klimadiplomatie muss nach Kopenhagen neu durchstarten** Seite 2
- **Besser vorbereitet in die nächste Finanzkrise** Seite 3
- **Einwanderungspolitik als Instrument der Entwicklungshilfe** Seite 3
- **Schmiergeld ist das größte Problem in Afghanistan** Seite 4
- **Der Westen braucht die Türkei in Europa** Seite 5
- **Geo-Engineering: Forscher arbeiten am globalen „Sonnenschutz“** Seite 6
- **Die Risiken des Geo-Engineerings** Seite 6
- **Nanotechnologie: Umdenken in der Politik notwendig** Seite 7

Zehn Vorschläge zur Stärkung der transatlantischen Beziehungen

Daniel S. Hamilton et al., *Shoulder to Shoulder: Forging a Strategic U.S.-EU Partnership*, *Center for Transatlantic Relations*, Dezember 2009

Die USA und Europa müssen dringend ihr gegenseitiges Verhältnis überdenken und neu ausrichten. Noch gibt es Spielraum für die Neudefinition der transatlantischen Beziehungen. Daher sollten sowohl die USA als auch Europa die existierenden Möglichkeiten nutzen, um die transatlantischen Beziehungen auf neue Wege zu bringen. Zur Stärkung der transatlantischen Beziehungen gibt es zehn Ansatzpunkte:

1. Ein transatlantischer Solidaritätspakt, der Verteidigungsstrategien und -mechanismen regelt, soll Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden und territoriale Sicherheit garantieren. Besonders terroristischen Anschlägen könnte so vorgebeugt werden.
2. Durch den Abbau von Zollbarrieren und regulierenden Hürden sowie Investitionsrestriktionen sollte ein freier transatlantischer Markt geschaffen werden, der zu verstärktem Handel führt.
3. Die globale Wirtschaftspolitik muss reformiert werden. Durch die Gründung eines informellen „G2“, bestehend aus den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, könnten Verbesserungsvorschläge gebührend diskutiert und ausgearbeitet werden, um sie dann effektiver bei G20-Treffen vorzutragen.
4. Partnerschaftliche Zusammenarbeit bei der Förderung der erneuerbaren

Mit den *Global Must Reads* will die Atlantische Initiative einen Beitrag zur Stärkung der außenpolitischen Kultur in Deutschland leisten. Unser Service bietet einen Überblick über besonders wichtige Studien und Analysen zur internationalen Politik. Bereits 22.000 Leser, darunter viele Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft, nutzen unseren Service. Die *Global Must Reads* erscheinen auf Deutsch und in einer internationalen Ausgabe auf Englisch.

Als gemeinnütziger Verein bieten wir diesen Service für unsere Leser kostenfrei an. Wir sind allerdings auf finanzielle Unterstützung angewiesen und für jede Zuwendung dankbar. Spenden sind steuerabzugsfähig.

Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67
10117 Berlin
Germany

Tel: +49.30.206 337 88
Fax: +49.30.246 303 633

www.atlantische-initiative.org
info@atlantische-initiative.org

Vorstand

Dr. Johannes Bohnen
Jan-Friedrich Kallmorgen

Beirat

Dr. Rudolf Adam
Dr. Ronald D. Asmus
Prof. Dr. Arnulf Baring
Dr. Christoph Bertram
Carl-Eduard von Bismarck
Dr. Philip v. Boehm-Bezing
Dr. Mark Brzezinski
Jürgen Chrobog
Thomas L. Farmer
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger
Dr. Jeffrey Gedmin
Prof. Dr. Helga Haftendorn
Dr. John C. Hulsman
Dr. Michael J. Inacker
Dr. Jackson Janes
Marvin Kalb
Dr. Walther Leisler Kiep
Eckart von Klaeden
Hans-Ulrich Klose
John Kornblum
Dr. Charles Kupchan
Alexander Graf Lambsdorff
Prof. Dr. Kurt J. Lauk
Dr. Beate Lindemann
Heike MacKerron
Dr. Norbert Otten
Cem Özdemir
Ruprecht Polenz
Avi Primor
Andrew Rasiej
Prof. Dr. E. Sandschneider
Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik
Karsten D. Voigt
Lord Wallace

Bankverbindung

Atlantische Initiative e. V.
Bankhaus Löbbecke AG
Bankleitzahl: 100 30 500
Kontonummer: 12 57 95 00

Registergericht

Amtsgericht Berlin Charlottenburg
Registernummer: VR 23583Nz

Steuernummer: 27/660/59701
USt-IdNr.: DE 252416799

Energien ist dringend notwendig. Auch sollten die USA und Europa bei dem Entwurf und der Einhaltung von internationalen Klimabkommen stärker kooperieren.

5. Die Vervollständigung eines freien, ganzheitlichen und friedlichen Europas muss weiterhin im Fokus transatlantischer Beziehungen stehen. Potentiellen Mitgliedsstaaten muss klar vermittelt werden, dass der Weg zum Anschluss an den Westen im jeweiligen Land beginnt. Besonders die Balkan-Staaten sollten von den USA und Europa nicht vernachlässigt werden.
6. Konflikte müssen von den USA und Europa gemeinsam effektiver adressiert werden. Dabei bleibt die NATO die primäre transatlantische Institution, die von beiden Partnern als Entscheidungsbasis bei Militärfragen eingesetzt wird.
7. Die Anstrengungen zum Abbau von Massenvernichtungswaffen sollten verdoppelt werden.
8. Die Effektivität von entwicklungspolitischen Bemühungen und humanitärer Hilfe muss verbessert werden. Die Kooperation der USA und Europa untereinander, aber auch die Kooperation der zwei Partner mit anderen Ländern, muss ausgearbeitet werden.
9. Die USA und Europa sollten einen offenen und wettbewerbsfähigen transatlantischen Markt für Rüstungs- und Verteidigungsgüter unterstützen.
10. Eine „Atlantischer-Ozean-Initiative“ sollte geschaffen werden, um die Anrainerländer im nördlichen und südlichen Atlantik in Globalisierungsfragen zu unterstützen.

Insgesamt kommt es bei der Neudefinition der transatlantischen Beziehungen zwischen den USA und Europa darauf an, die vorgesehenen Veränderungen den Absichten und Zielvorstellungen unterzuordnen. Keine internationale Verbindung ist so komplex und gleichzeitig so vollständig wie die zwischen den USA und Europa, weshalb Veränderungen dringend zielgerichtet und von Vorteil für beide Partner sein müssen. Denkbar wären zum Beispiel auch die Einführung eines Büros des amerikanischen Kongresses in Brüssel oder die Gründung eines „Euro-Atlantischen Forums“ aus allen EU- und NATO-Staaten. [Mehr...](#)

Klimadiplomatie muss nach Kopenhagen neu durchstarten

Nigel Purvis et al., Rethinking Climate Diplomacy: New ideas for transatlantic cooperation post-Copenhagen, *German Marshall Fund*, März 2010

Nach dem Kopenhagener Abkommen besteht die Gefahr, dass Europa und die Vereinigten Staaten auf alte Strategien in der Klimapolitik zurückgreifen, in der Hoffnung, diese mit entsprechender Geduld zum Erfolg führen zu können. Dabei hat Kopenhagen eines deutlich gezeigt: die europäische Vision eines starken Regimes, das den Klimaschutz international „von oben“ (top-down regime) reguliert, findet weltweit einfach nicht genügend Zustimmung. Soll die Klimaerwärmung aber effektiv bekämpft werden, dann muss die transatlantische Gemeinschaft in der Klimadiplomatie dringend neue Wege gehen.

Entscheidungen zu Klimafragen sollten hauptsächlich auf nationaler Ebene unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen werden, mit nur relativ schwachen internationalen Verpflichtungen (bottom-up regime). Daher sollten im Mittelpunkt der neuen transatlantischen Strategie die Beziehungen Europas und der USA zu Schwellenländern wie China und Indien stehen. Hier sollten konkrete Taten in der Umwelt- und Klimapolitik verbindlichen, offiziellen Zusagen vorgezogen werden. Denn China und viele Entwicklungsländer scheuen solche Zugeständnisse vor allem auf Grund ihres Selbstbildes in Bezug auf den Klimawandel. Ihrer Ansicht nach haben die Industriestaaten das Problem verschuldet und sollen auch die Kosten schultern. Innenpolitisch kommen für sie somit verbindliche Zusagen an ein starkes, internationales „top-down“ Klimaregime genauso wenig in Frage wie für die konservativen Kongressabgeordneten in den USA, die sich aufgrund wirtschaftlicher Interessen dagegen stemmen. Für die US-Politiker hat dies zur Folge, dass sie zwar Zusagen machen, aber diese wohl kaum einhalten können. Für chinesische Politiker bedeutet es, dass sie zwar die Umweltverschmutzung aktiv bekämpfen und damit Klimaschutz betreiben, aber keine offiziellen Zusagen machen können. Einen Ausweg aus dieser paradoxen Situation bietet der internationale Handel. Handelsbeschränkungen für umweltfreundlichen Technologien müssen schnell aufgehoben und der Export sollte gefördert werden. Nicht allgemeine Zusagen, sondern konkrete Projekte zum Klimaschutz sollten das Kriterium für die finanzielle Unterstützung von Entwicklungsländern sein.

Europa darf seine Führungsrolle in der Klimadiplomatie nicht aufgeben und muss der Wahrheit ins Auge sehen, dass die USA selbst unter der Obama-Regierung wohl kaum große Verantwortung übernehmen werden. Auch können Klimaabkommen durch die Institutionen der Vereinten Nationen nur eingeschränkt vorangetrieben werden. Die USA und Europa sollten in ihren Beziehungen zu Ländern wie China und Indien nicht auf gesetzlich bindende Verträge pochen. Stattdessen wäre es besser, mehr Anreize für eine umweltbewusste Entwicklung innerhalb dieser Länder zu schaffen. [Mehr...](#)

Besser vorbereitet in die nächste Finanzkrise

Morris Goldstein, *Confronting Asset Bubbles, Too Big To Fail, and Beggar-Thy-Neighbor Exchange Rate Policies*, *Peterson Institute for International Economics*, Februar 2010

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass die Ursachen wirtschaftlicher Probleme sowohl in der Finanzpolitik wie auch in der Geldpolitik liegen. Kurz nach der Krise stehen die Chancen gut, die Wurzeln dieser Probleme anzupacken und das alte System zu erneuern, da beide Bereiche sich gegenseitig beeinflussen und daher auch parallel reformiert werden müssen. Zum einen müssen finanzpolitische Blasen im Vermögensmarkt vermieden und Geldinstitute, die zu groß zum Scheitern sind (Too-Big-To-Fail-Institutionen – TBTF), besser reguliert werden. In der Geldmarktpolitik dürfen Wechselkurse nach dem Sankt-Florians-Prinzip nicht toleriert werden.

In der Finanzpolitik gab es bisher keine fehlerfrei funktionierende Methode, um Blasen im Vermögensmarkt (asset bubbles) zuverlässig zu identifizieren. Außerdem war es meist kostengünstiger, die Blasen – wenn erkannt – platzen zu lassen und die entstandenen Kosten nachträglich aufzufangen. Doch nach der jüngsten Krise sind Strategien gefragt, um zu große Blasen gar nicht erst entstehen zu lassen: In den USA wäre ein möglicher Ansatz die Schaffung eines Systemrisiko-Überwachungsgremiums aus Zentralbank, dem Finanzministerium und den führenden regulierenden Behörden. Zum anderen müssen Mechanismen entwickelt werden, die die Entwicklung von Finanzinstitutionen zu TBTF-Institutionen verhindern, bereits existierende Institutionen dieser Größe verkleinern oder ihnen trotzdem ein Scheitern erlauben:

1. TBTF-Institutionen müssen Pläne zur Reduzierung ihrer Komplexität entwickeln (wind-down plans).
2. Es müssen präventive Lösungsansätze entwickelt werden, die im Falle einer erneuten Krise unausgereiften Notfallplänen entgegenstehen.
3. Die Marktdisziplin muss eingehalten werden: Kredite dürfen nicht nach Nennwert abbezahlt und insolvente Finanzdienstleistungsunternehmen nicht einfach an größere Gruppierungen verkauft werden.
4. Es empfiehlt sich, Größenlimits für Finanzinstitutionen festzulegen, die sich am Bruttoinlandsprodukt (BIP) eines Landes orientieren.

Insgesamt ist eine umsichtige Absicherungsstrategie zu empfehlen, die alle Mechanismen vereint und somit wirkungsfähiger wird. In der Geldpolitik hingegen sollte der IWF eingeschaltet werden, sobald das Haushaltsdefizit eines Staates 4% des BIP übersteigt. Strafsanktionen sollten z.B. aus der Veröffentlichung der Zahlen durch den IWF bestehen. Im Interesse offener Weltmärkte und Stabilität müssen IWF und Welthandelsorganisation eine Schiedsrichterrolle spielen.

Die jüngste Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass es in der Finanz- und Geldpolitik Löcher zu stopfen gilt. Doch genau aus diesem Grund bietet sie eine einzigartige Gelegenheit, das bestehende System zu überdenken und sowohl regulative Mechanismen als auch effektive Sanktionen zu entwickeln. Diese sollen nicht dazu führen, bestimmten Ländern oder Institutionen wirtschaftliche Prozesse zu erschweren oder Staaten und Institutionen auf Grund von Finanz- oder Währungsproblemen zu stigmatisieren. Aber sie sollen zu verantwortungsvollem Handeln in der Finanzwelt beisteuern und zukünftigen Krisen vorbeugen. [Mehr...](#)

Einwanderungspolitik als Instrument der Entwicklungshilfe

Michael Clemens, *A labor mobility agenda for development*, *Center for Global Development*, 25.01.2010

Die traurige Wahrheit ist, dass die globale Einkommensverteilung im Jahr 2010 nicht viel anders aussieht als die im Apartheidsystem Südafrikas. Trotz unzähliger Entwicklungshilfeprojekte besteht immer noch eine immense Kluft zwischen Arm und

Reich. Doch es gibt eine bisher ungenutzte Möglichkeit, den Graben schnell und effektiv zu überwinden: Arbeiter müssen sich weltweit freier bewegen können. Die Industriestaaten sollten ihre Immigrationspolitik als festen Bestandteil ihrer Entwicklungspolitik betrachten und ihre Einwanderungsbestimmungen entsprechend überdenken.

Bisher wird die Arbeitskraft als einziges Produktionsmittel von der stark wachsenden Globalisierung ausgenommen. Als Bestandteil entwicklungspolitischer Strategien werden bisher lediglich Barrieren für die Bewegung von Kapital, Technologien und Gütern gesenkt. Die Arbeitskraft als Produktionsfaktor wird außen vor gelassen. Das liegt größtenteils daran, dass das Paradigma zur Berechnung der Verteilung von Einkommen in den Entwicklungsstatistiken unzulänglich ist. Bisher wurde Einkommen per Einwohner berechnet, der in einem Entwicklungsland lebt. Es ist aber aufschlussreicher, das Einkommen eines Bürgers ohne Rücksicht auf seinen Wohnort zu berechnen. Ein Beispiel: Für einen Kenianer, der vom Land in die Hauptstadt Nairobi zieht, bedeutet dies eine Verbesserung seines Lebensstandards um 50%. Gelingt es ihm gar nach London umzuziehen, bringt dies eine Verbesserung seiner Lage um 300%. Die Einkommenssituation des Arbeiters wird durch seine Mobilität entscheidend verbessert und trägt dazu bei, die Kluft zwischen Arm und Reich international zu überbrücken. Dadurch dass die meisten Einwanderer durch Rücküberweisungen Verwandte in der Heimat finanziell unterstützen, verstärkt sich dieser positive Effekt noch. Die ortsgebundene Einkommensberechnung machte zwar Sinn als sie in den 1950er Jahren entwickelt wurde. Aber heute ist sie aufgrund zunehmender Mobilität international überholt. Angesichts des höheren Einkommens, das ein Arbeiter aus einem Entwicklungsland in einem Industriestaat erzielen kann, muss man die Globalisierung des Arbeitsmarktes als ein wichtiges Instrument der Armutsbekämpfung sehen. Doch sie wird durch die Einwanderungsbestimmungen der reichen Länder massiv behindert. Denn natürlich bringt eine wachsende Öffnung des Arbeitsmarktes auf internationaler Ebene auch Nachteile mit sich. In den Industriestaaten ist sie zudem politisch schwierig durchzusetzen, nicht zuletzt auf Grund des wachsenden Protektionismus nach der Finanzkrise.

Allerdings ändert dies nichts daran, dass größere Bewegungsfreiheit für Arbeitskräfte ein entwicklungshilfetechnisches Instrument von zunehmender Bedeutung sein wird. Ein haitianischer Einwanderer in die USA kann dort 680% mehr verdienen als in seinem Heimatland. Kein Entwicklungshilfeprojekt der Welt kann vergleichbare Zahlen aufweisen. Legale Schranken gegen die Einwanderung sollten so schnell wie möglich gesenkt werden. In reichen Ländern sollten zeitlich gebundene Arbeitsvisa für Einwanderer aus Entwicklungsländern eingeführt werden. Denn trotz vieler Vorurteile lassen sich ausgesprochen negative Auswirkungen auf die Einwanderungsländer empirisch nicht belegen. Studien zeigen, dass die Auswirkungen der Einwanderung auf Einkommen in Einwanderungsländer vernachlässigbar gering sind, während die Einkommen der Einwanderer im Schnitt um über 200% steigen. Es ist Zeit, von dem kontraproduktiven Nullsummenspiel in der Immigrationspolitik abzurücken. Größere Mobilität für Arbeiter sollte als ein kostengünstiges und effektives Instrument der Entwicklungspolitik gesehen werden. [Mehr...](#)

Schmiergeld ist das größte Problem in Afghanistan

Corruption in Afghanistan: bribery as reported by the victims, *United Nations Office on Drugs and Crime*, Januar 2010

Fragt man die Afghanen, was das größte Problem in ihrem Land ist, nennen fast 60% an erster Stelle die allgegenwärtige Korruption, und nicht etwa die prekäre Sicherheitslage. Stundenlanges Anstehen bei Behörden und wochenlanges Warten auf Genehmigungen führen dazu, dass pro Jahr jeder zweite Afghane Schmiergelder zahlen muss. Doch die Afghanen halten nicht nur einheimische Behörden für korrupt: 54% denken dies auch von internationalen NGOs und Hilfsorganisationen. Soll der Wiederaufbau des Landes je vorankommen und sollen die Afghanen ihr Land wirklich selbstverantwortlich regieren, dann muss zuerst die Korruption bekämpft werden.

In den vergangenen zwölf Monaten haben die Afghanen 2,5 Mrd. US-Dollar an Schmiergeldern bezahlt. Das entspricht 23% des gesamten afghanischen Bruttoinlandsproduktes. Bestochen wurden nicht nur Ärzte und Lehrer, sondern vor allem Beamte, um langwierige bürokratische Verfahren zu beschleunigen. Ein durchschnittliches Schmiergeld liegt bei 160 US-Dollar. (Zum Vergleich: Das durchschnittliche Jahreseinkommen liegt bei 425 US-Dollar.) Grund für den

gewaltigen Anstieg der Korruption in den letzten Jahren ist paradoxerweise, dass Gelder aus dem Drogenhandel und von Hilfsorganisationen das Land überschwemmt haben. Damit wurde das traditionelle Patronagesystem außer Kraft gesetzt und neue machtpolitische Spieler übernahmen die Verteilung von Schutz und Privilegien – gegen Bezahlung. Dies sieht man vor allem daran, dass Polizisten und Richter zu den korruptesten Beamten zählen. Das wiederum führt zu einer Schwächung der traditionellen Gerichtsbarkeit in der afghanischen Gesellschaft (durch die Dorf-Schura) und einer Stärkung derer, die bei Streitigkeiten gewalttätige Lösungen anbieten: der Taliban. Die afghanischen Medien wagen es bisher kaum, das Thema Korruption aufzugreifen. Dadurch fällt auch ein wichtiges Überwachungsorgan aus, das beispielsweise Politiker davon abschrecken könnte, Bestechungsgelder serienweise anzunehmen. In 40% der Fälle, in denen Afghanen Kontakt zu Regierungsvertretern hatten, wurde ihnen die Zahlung von Bestechungsgeldern abverlangt. All dies stärkt nicht gerade das ohnehin geringe Vertrauen der Bevölkerung in das afghanische Staatswesen.

Um die Korruption vor allem bei staatlichen Stellen zu bekämpfen, braucht Kabul dringend eine unabhängige Anti-Korruptionsbehörde. Diese sollte im Rahmen des von der Bevölkerung respektierten „High Office of Oversight and Anti-Corruption“ fungieren und mit einem eigenen Budget ausgestattet werden. Politiker sollten angehalten werden, ihre Einkünfte öffentlich zu machen. Regierungsbeamte sollten bei ihrer Einstellung der Bestechlichkeit öffentlich abschwören. Vor allem aber muss durch eine effizientere Verwaltung der Nährboden entzogen werden. Die Medien sollten nicht länger wegschauen. Bestechungsgelder müssen über Mechanismen der „Initiative gestohlene Vermögenswerte“ von Weltbank und UNODC konfisziert werden. Das afghanische Parlament sollte schnellstmöglich die legislativen Voraussetzungen für eine aktivere Korruptionsbekämpfung verabschieden. Denn nur wenn die Korruption mit allen Mitteln bekämpft wird, kann der afghanische Staat wieder funktionstüchtig werden. Dann besteht auch die Chance, dass die Afghanen ihre eigene Sicherheit selbst gewährleisten und ein Abzug der internationalen Truppen möglich wird. [Mehr...](#)

Der Westen braucht die Türkei in Europa

F. Stephen Larrabee, *Troubled Partnership: U.S.-Turkish Relations in an Era of Global Geopolitical Change*, RAND, 03.02.2010

Bei den Diskussionen über den EU-Beitritt der Türkei wird häufig übersehen, dass die strategische Bedeutung des Landes seit dem Ende des Kalten Krieges enorm zugenommen hat. Für den Westen spielt die Türkei eine Schlüsselrolle in der Beilegung von Konflikten vom Balkan über den Nahen Osten, den Kaukasus und Zentralasien bis hin zum Persischen Golf. Für die USA und die transatlantische Gemeinschaft ist es daher von vorrangiger Bedeutung, ihre Beziehungen zu der Türkei zu verbessern. Folgende Themen bieten sich den USA für ein konkretes Handeln an:

- Das Kurdenproblem: Die Türkei wirft den USA zu große Zurückhaltung in der Bekämpfung der terroristischen Arbeiterpartei Kurdistans im Norden des Iraks vor, während der Westen die Unterdrückung der Kurden durch Ankara kritisiert. Hier sollten die USA die Türkei politisch und nachrichtentechnisch besser unterstützen. Auch muss der Dialog zwischen Ankara und der regionalen Regierung Kurdistans im Nordirak gefördert werden. Das Kurdenproblem ist militärisch nicht zu lösen, sondern bedarf sozialer und wirtschaftlicher Reformen, sowohl in der Türkei als auch im Irak.
- Türkisch-griechische Spannungen: Die Unstimmigkeiten in der Ägäis und auf Zypern können im Konfliktfall zu einer unnötigen Belastung für die NATO werden. Um diese zu verhindern, sollte Washington die griechisch-türkischen Gespräche intensiver unterstützen. Auf Zypern muss die Annäherung der beiden Gemeinden unter UN-Aufsicht stärker vorangetrieben werden.
- Armenien: Hier sollte Washington die Annäherung mit der Türkei unterstützen, auch um die Abhängigkeit Armeniens von Russland und Iran zu mindern. Die Obama-Regierung sollte alles daran setzen, eine Resolution im Kongress zum armenischen Völkermord zu vereiteln, die die Beziehungen zu Ankara schwer belasten würde.
- Beziehungen zu Iran und Syrien: Bisher haben vollkommen andere Sichtweisen der Beziehung zu Iran und Syrien für Unmut zwischen Türken und Amerikanern

gesorgt. Während die Türkei sich den dortigen Regierungen anzunähern versuchte, pochte die USA auf deren Isolierung. Die USA täte gut daran, mehr auf Dialog zu setzen und die türkische Position nicht einfach abzutun.

- Strategische Zusammenarbeit: Die USA dürfen die Benutzung türkischer Militärbasen nicht als selbstverständlich voraussetzen. Hier sollten neue Gespräche geführt werden, ebenso zu dem Thema einer Raketenabwehr unter Einbeziehung der Türkei.
- EU Beitritt: Die USA sollten durch stille Diplomatie den Beitritt der Türkei vorantreiben.

Die Türkei muss stärker an Europa gebunden werden. Da ist es eher hinderlich, wenn das Land andauernd als ein Model für den Nahen Osten gepriesen wird. Denn das führt höchstens dazu, dass sich die Türken von Europa ausgeschlossen fühlen und ihre westliche, weltliche Gesinnung in Frage gestellt sehen. [Mehr...](#)

Geo-Engineering: Forscher arbeiten am globalen „Sonnenschutz“

Research on global “sun block” needed now, *Calgary University*, 27.01.2010

Angesichts der rasanten Erderwärmung wird mancher Forscher schon von einer Sonnencreme für den Planeten geträumt haben. Daraus könnte jetzt Wirklichkeit werden. Kanadische Forscher gehen davon aus, dass es gelingen kann, die Erderwärmung dank einer bahnbrechenden Technologie einzudämmen: „Solar-Strahlungs-Management“. Momentan noch in den Kinderschuhen, verspricht dieser Forschungsansatz die Erderwärmung schneller und um ein Vielfaches kostengünstiger als durch CO₂-Reduktion aufzuhalten. Allerdings muss diese Entwicklung noch weltweit gezielt getestet werden, auch um mögliche negative Folgeerscheinungen frühzeitig zu erkennen. Hierfür muss dringend die internationale Zusammenarbeit in der Forschung und Entwicklung der neuen Technologie gefördert werden.

Das Prinzip des „Solar-Strahlungs-Managements“ (solar radiation management – SRM) ist denkbar einfach: Ähnlich einer Sonnencreme soll es unerwünschte Solarstrahlung von der Erdoberfläche fernhalten, damit sich diese nicht weiter erhitzt. Die Natur machte den Prozess beim Ausbruch des Vulkans Pinatubo 1991 vor: Innerhalb eines Jahres sank aufgrund des Schwefelausstoßes die Temperatur weltweit um ein halbes Grad Celsius. Nun debattieren Forscher zwei mögliche Ansätze, um die Klimaerwärmung zu bekämpfen: Entweder werden Megatonnen von Sulphataerosolen (schwefelhaltige Partikel) in der Stratosphäre versprüht. Dies würde Solarenergie in den Weltraum reflektieren und die Erdoberfläche abkühlen. Oder es werden in der untersten Schicht der Atmosphäre Meersalz-Partikel verteilt, damit die entstandenen Wolken Sonnenlicht von der Erde wegreflektieren.

Doch für die Umsetzung dieser Ideen sind konkrete Tests in der freien Natur notwendig. Dafür muss die internationale Kooperation gestärkt werden und ein globales Gremium entstehen, das die Forschung überwacht. Das Budget müsste von anfänglich 10 Mio. US-Dollar im Jahr 2010 jährlich aufgestockt werden, um eine Größenordnung von einer Milliarde Dollar bis Ende 2020 zu erreichen. Eine geringe Summe angesichts der Kosten, die bei Nicht-Handeln entstehen würden. [Mehr...](#)

Die Risiken des Geo-Engineerings

Konrad Ott, Die letzte Versuchung: Geo-Engineering als Ausweg aus der Klimapolitik? *Internationale Politik*, Januar/Februar 2010

Das SRM stellt eine Versuchung für Industriestaaten dar, ihren energieintensiven Lebensstil beizubehalten. Der Schutz durch SRM kann unbequeme und teure Mitigations- oder Anpassungsprojekte in ihren Augen unnötig machen. Potentiell sind die Auswirkungen des SRM auf die übrige Welt jedoch enorm – ganze Vegetationszonen und Nahrungsketten können verschoben werden. Gravierender noch ist die Frage, für wie lange man die Manipulation der Atmosphäre betreiben will. Was als ein kurzfristiger Einsatz zur Unterstützung der Treibhausgasreduktion gedacht war, kann schnell eine durch interne Logiken getriebene Langzeitlösung werden. Gefährlich wird es auch, wenn man beispielsweise eines Tages die Verteilung von Sulphataerosolen in der Atmosphäre wieder einstellen will. Denn dann kann sich das Klima sprunghaft erwärmen – bis zu vier Grad Celsius pro Jahrzehnt. Dies wird zukünftige Generationen vor enorme Probleme stellen.

Ethisch gesehen stellt sich die Frage, ob einzelne Interessengruppen das Recht haben derart in natürliche Kreisläufe einzugreifen. Sozialwissenschaftlich muss untersucht werden, wie sich die Diskussion um die SRM auf die Öffentlichkeit und wirtschaftliche Akteure in ihrer Einschätzung der Notwendigkeit der Treibhausgasreduktionen auswirkt. Denn das SRM kann nur eine zeitlich begrenzte Übergangslösung sein, bevor andere ethisch und klimatechnisch vertretbarere Maßnahmen zur Reduzierung der Treibhausgase greifen. Der Diskurs muss interdisziplinär und interkulturell geführt werden. Die Forschung muss intensiver vorangetrieben werden und dabei möglichst unpolitisch bleiben. Daher sollte sie nicht den nationalen Akademien einzelner Staaten unterstellt werden, sondern unter der Aufsicht des UN Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC) stehen. [Mehr...](#)

Nanotechnologie: Umdenken in der Politik notwendig

Ismael Rafols, Missing links in nanomaterial governance: bringing industrial dynamics and downstream policies into view, *University of Sussex*, Februar 2010

Nanotechnologien unterliegen einem Dilemma: Einerseits lassen sie sich in frühen Entwicklungsphasen nur schwer modifizieren (zum Beispiel „grüner“ machen), da ihre letztendliche Verwendung noch unklar ist und jegliche Art von Restriktion Innovation verhindern könnte. Andererseits ist es kaum möglich und in der Regel mit hohen Kosten verbunden, eine bereits etablierte Nanotechnologie nachträglich zu verändern, da sich dann meist schon Infrastrukturen, institutionelle Abhängigkeiten und Verbrauchergewohnheiten gebildet haben. Aufgrund der Heterogenität von Nanomaterialien in Endprodukten können Nanotechnologien nicht vom Endprodukt her definiert und reguliert werden. Zudem führen fehlende Koordinierungsmechanismen der Nano-Branche immer wieder dazu, dass Hersteller, Lieferanten und Verbraucher ihre individuellen Erwartungen nicht erfüllt sehen. Aus diesen Gründen müssen neue Regulierungsmethoden entwickelt, Innovationen gefördert und politische Barrieren beseitigt werden, um bereits viel früher in der Produktionskette funktionierende Regulierungsmechanismen auszubauen. Auch wenn es keine Möglichkeit gibt, die spezifischen Ergebnisse der Nanoendproduktkette zu kontrollieren, lässt sich ihre Entwicklung doch wenigstens generisch modulieren. Dazu müssen gesellschaftlich akzeptierte von gesellschaftlich nicht akzeptierten Innovationen getrennt werden. Es kommt besonders darauf an, ob sich die Innovationen in der Entwicklungskette eher auf Bereiche auswirken, die näher an den Verbrauchern („downstream“) oder eher weiter von ihnen entfernt („upstream“) liegen. Außerdem müssen vermarktende und regulierende Richtlinien verstärkt miteinander verknüpft werden, um Forschung und Entwicklung zu ermöglichen und zu koordinieren.

Es wird deutlich, dass die bisher existierenden Richtlinien und Strukturen in dem komplexen System der Nanomaterialien unzureichend und momentan zu sehr am Endprodukt der Produktionskette orientiert sind. Daher ist es wichtig, dass sich nicht nur der Nanomaterialbereich neu definiert (es geht um mehr als Risikomanagement), sondern auch der Verbraucher muss umdenken (zum Beispiel durch den Willen, umweltfreundlichere Produkte zu konsumieren). Gezielte Forschung im Produktionsbereich und neue Richtlinien, die zwischen Up-, Mid- und Down-Stream-Innovationen vermitteln, können neue Wege eröffnen und zu umweltfreundlichen Nanomaterialien und -technologien führen. [Mehr...](#)

Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

ATLANTISCHE INITIATIVE



Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Björn Sacknieß/Jade Tänzler

© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 246 303 633

Email: info@atlantische-initiative.org